

Ein Ziel der Ausstellung „Armutsverläufe“ ist es, Impulse für eine gelingende Armutsprävention zu geben. Dies geschieht unter Bezugnahme auf die hier porträtierten Personen und ihre Bedürfnisse und Lebenserfahrungen.

Sozial abgesicherte Arbeitsverhältnisse

Schon auf den ersten Blick zeigt sich ganz deutlich: In den beiden Fällen, wo sich die Lebenslage verbessert hat, ist dies auf einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz zurückzuführen. Wie etwa im Fall von Lore L., die nach einer betrieblichen Umschulung eine Anstellung im Ausbildungsbetrieb gefunden hat, oder wie bei Anne-Marie T., die inzwischen in einer sozialen Einrichtung arbeitet.

Beide betonen, dass ihnen ihr neuer Job nicht nur wichtig ist, weil sie jetzt ausreichend Geld zur freien Verfügung haben. Sie sind zugleich sehr froh darüber „endlich“ von Ämtern und Behörden unabhängig zu sein. Und sie freuen sich, ein sinnvolles Betätigungsfeld gefunden zu haben. Diese Einschätzung teilen sie mit Denise L., die schon ihre befristete Tätigkeit im Rahmen einer Beschäftigungsmaßnahme als sehr wertvoll erlebt hat.

Wir plädieren deshalb für die Schaffung und Bereitstellung von ausreichenden Arbeitsplätzen, die sowohl eine unabhängige Existenz langfristig sichern, als auch den Fähigkeiten und Sinnbedürfnissen der Menschen entsprechen.

Sozial gestaltende Arbeitsmarktpolitik

In den Fällen, wo eine solche Beschäftigung realisiert wurde, war dies einerseits den Anstrengungen der Betroffenen zu verdanken. Andererseits wurden diese Anstrengungen immer auch durch die Mechanismen einer förderorientierten Arbeitsmarktpolitik gestützt. Sei es, wie bei Lore L., durch die Übernahme von Umschulungs- und Kinderbetreuungskosten. Oder, wie bei Anne-Marie T., in Form von Eingliederungszuschüssen für schwer vermittelbare Menschen. Oder, wie bei Denise L., durch die Einrichtung einer kommunal geförderten Beschäftigungsmaßnahme.

Deshalb ist es nicht nachvollziehbar, warum aktive, förderorientierte Arbeitsmarktpolitik zunehmend sanktionsorientierten Maßnahmen Platz macht. Denn die Betroffenen müssen offensichtlich nicht „aktiviert“ werden. Sie suchen bereits höchst aktiv nach einer angemessenen Arbeit, von der sie eigenständig leben können. Und hierbei brauchen sie öffentliche Unterstützung - weil sie Kinder zu betreuen haben, gesundheitlich eingeschränkt sind oder es ihnen an Qualifikation bzw. an Mitteln zur Erreichung dieser Qualifikation fehlt.

In der Konsequenz plädieren wir deshalb für den Ausbau einer sozial gestaltenden Arbeitsmarktpolitik, d.h. mehr Kinderbetreuung, mehr bezahlte Qualifizierung, mehr sozial abgesicherte Jobs auf dem „zweiten Arbeitsmarkt“.

ASH

Arbeitslosenselbsthilfe e.V.
Lötter Straße 6-8 • 49078 Osnabrück
Tel.: 0541/4097725
ash@ausstellung-armut-grenzt-aus.de

Projektgruppe „Armut grenzt aus“



Schutz vor Armut und Ausgrenzung

In vielen Fällen reicht die Forderung nach förderorientierter Arbeitsmarktpolitik nicht aus. Gerd O. und Christa S. haben ein Alter erreicht, in dem Lohnarbeit keine Perspektive mehr ist. Gerd O., mit 72 wohnungslos und ohne Krankenversicherung – dies sollte in unserer Gesellschaft eigentlich nicht vorkommen – braucht unmittelbare Unterstützung beim Finden einer Wohnung und der Rückkehr in die Krankenkasse.

Da er nicht der einzige Betroffene ist, plädieren wir für die Einrichtung eines „Frühwarnsystems“ zur Verhinderung von Obdachlosigkeit. Weiterhin halten wir den Ausbau von Einrichtungen und Netzwerken, die beim Eintritt von Wohnungslosigkeit wirkungsvolle Hilfe leisten, für dringend geboten.

Armutsfeste Grundsicherung ...

Christa S. hat dagegen eine Wohnung und eine Krankenversicherung. Und sie erhält die „Grundsicherung für Ältere“. Aber reicht die zum (Über-)Leben für eine 70 Jahre alte Frau mit erheblichen gesundheitlichen Einschränkungen? Mehrbedarf entsteht für Medikamente, spezielle Diäten; die Gehbehinderung zwingt sie, viele Wege (zum Arzt, zum Einkauf, zur ehrenamtlichen Arbeit) per Taxi zurücklegen. Verwandte, die den Transport übernehmen könnten, sind nicht vorhanden. Diesem Mehrbedarf wird die pauschalierte Grundsicherung nicht gerecht.

Wir plädieren deshalb für eine bedarfsorientierte Anhebung der Grundsicherung und die Etablierung von kommunalen Netzwerken, die die soziale Integration älterer Menschen mit geringem Einkommen verbessern (z.B. durch einen kostenfreien Einkaufs-, Begleit- und Transportservice, die Förderung von sozialen Treffpunkten).

... ohne behördliche Auflagen

Bleiben die Erfahrungen von Franz K. und Denise L., die ebenfalls alle Möglichkeiten nutzen, um der Ämterabhängigkeit zu entkommen. Denise bewirbt sich stetig, Franz hat es in verschiedenen Branchen versucht, zuletzt eine Ich-AG gegründet. Doch die bot auch keine wirkliche Perspektive, weil die angebotenen Dienstleistungen nicht ausreichend nachgefragt wurden. Die befristete Tätigkeit bei einer Zeitarbeitsfirma ist jetzt allenfalls ein Hoffungsschimmer.

Für Franz, Denise und viele andere Menschen mit geringer formaler Qualifikation wird es in Zukunft noch schwerer werden, eine Arbeit zu finden, die eine angemessene gesellschaftliche Teilhabe sichert. Der Arbeitsmarkt verengt sich weiter, förderorientierte Arbeitsmarktpolitik wird gleichzeitig eher abgebaut.

Angesichts dieser düsteren Zukunftsperspektiven plädieren wir dafür, die Grundsicherung für Menschen mit geringen Chancen am Arbeitsmarkt endlich so auszugestalten, dass die Betroffenen hiervon zumindest problemlos leben können, statt in Armut abzurutschen und/oder fortlaufend mit Sanktionsdrohungen drangsaliert zu werden.